

A12 Gegen die Normalisierung rechter Narrative - Für konsequenten Antirassismus und migrationssolidarische Politik

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 27.4.2025)

Tagesordnungspunkt: 5 V-Anträge

Antragstext

1 **Rassismus ist Realität** – im Alltag, in Institutionen und in politischen
2 Debatten. Er zeigt sich in struktureller Benachteiligung, sprachlicher
3 Ausgrenzung und institutioneller Gewalt. Menschen erleben Diskriminierung auf
4 dem Wohnungsmarkt, im Kontakt mit der Polizei, in Bildungseinrichtungen und auf
5 dem Arbeitsmarkt. Frauen mit Kopftuch werden bei Bewerbungen benachteiligt,
6 People of Color erleben Racial Profiling, Romnja und Sintizze sind weiterhin
7 systematischer Ausgrenzung ausgesetzt, geflüchtete Menschen werden trotz
8 Qualifikation vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

9 Besonders migrantisierte Menschen sind häufig Teil mehrfach marginalisierter
10 Gruppen und erfahren an den Schnittstellen von Rassismus, Sexismus, Klassismus
11 und weiteren Diskriminierungsformen zusätzliche Ausgrenzung. Diese
12 intersektionalen Erfahrungen zeigen, dass es eine solidarische und sozial
13 gerechte Politik braucht, die Diskriminierungen gemeinsam bekämpft und Teilhabe
14 für alle ermöglicht.

15 Rassismus in seinen verschiedenen Ausprägungen ist tief in der Gesellschaft
16 verankert – und macht auch vor politischen Strukturen nicht halt. Wer
17 Verantwortung übernimmt, muss sich dieser Realität stellen. Das gilt für
18 staatliche Institutionen ebenso wie für zivilgesellschaftliche Organisationen
19 und politische Parteien – auch für die GRÜNE JUGEND.

Teil I: Antirassismus im Verband verankern

21 Als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg wollen wir ein Verband sein, in dem alle
22 Menschen gleichberechtigt mitwirken können. Dafür müssen wir aktiv an unseren
23 Strukturen arbeiten, Diskriminierung abbauen und empowernde Räume schaffen.
24 Rassismuskritik darf keine Einzelverantwortung migrantischer Mitglieder sein,
25 sondern muss als kollektive Aufgabe verstanden werden. Wir möchten die
26 antirassistische Verbandsstrategie des Bundesverbands umsetzen und haben daher

27 die folgenden Maßnahmen für Baden-Württemberg abgeleitet:

28 Deshalb wollen wir Folgendes umsetzen:

- 29 **1. Verstärkung antirassistischer Bildungsarbeit auf allen Ebenen des**
30 **Verbands:** Vorstände und Aktive sollen regelmäßig Workshop-Angebote für
31 alle Mitglieder anbieten und für strukturelle Diskriminierung
32 sensibilisiert werden.

- 33 **2. Klare Unterscheidung zwischen Empowerment und Bildungsarbeit:**
34 Migrantisierte Mitglieder sollen Verantwortung übernehmen können, ohne auf
35 Rassismusthemen beschränkt zu werden. Unsere antirassistische
36 Bildungsarbeit muss sich an alle Mitglieder richten; zusätzlich wollen wir
37 gezielte Bildungsangebote für migrantisierte Mitglieder schaffen.

- 38 **3. Aufbau eines Teams für antirassistische Strategien:** Um langfristig
39 wirksame antirassistische Arbeit im Verband zu verankern, verpflichten wir
40 uns, zur LMV im Oktober 2025 ein Statut einzubringen, das die Grundlage
41 für ein landesweites Team schafft. Dieses Team soll migrantischen
42 Perspektiven eine feste Struktur und Stimme geben, Bildungsangebote
43 koordinieren, Kreisverbände beim Abbau von Zugangshürden unterstützen und
44 eng mit dem Landesvorstand zusammenarbeiten. Darüber hinaus wird es die
45 antirassistische Bildungsarbeit und Schulungen weiterentwickeln sowie
46 bestehende Strukturen kritisch bearbeiten und verbessern.

- 47 **4. Förderung migrantisierten Engagements und Schaffung einladender**
48 **Strukturen:** Wir wollen gezielt neue Mitglieder aktiv willkommen heißen,
49 Unsicherheiten abbauen und insbesondere in den Kreisverbänden das Ankommen
50 erleichtern. Dabei berücksichtigen wir, dass migrantisierte Mitglieder
51 häufig mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert sind und andere
52 Politisierungsschwerpunkte haben. Deshalb wollen wir nicht nur Räume für
53 migrantisiertes Engagement öffnen, sondern auch vielfältige Themen
54 aufgreifen, die diese Interessen widerspiegeln.

- 55 **5. Regelmäßige Evaluation unserer Öffentlichkeitsarbeit und politischen**
56 **Kommunikation:** Wir wollen Diskriminierung vermeiden und die
57 Lebensrealitäten migrantischer Menschen sichtbar machen.

58 Eine progressive Bewegung muss selbstkritisch, offen und solidarisch sein – auch

59

nach innen.

60 **Teil II: Gegen migrationsfeindliche Rhetorik in der Partei**

61 Kein Mensch verlässt leichtfertig seine Heimat. Menschen fliehen, weil sie
62 müssen – aus purer Not. Weil ihre Häuser im Krieg zerstört wurden, weil sie
63 politisch verfolgt werden, weil sie wegen ihrer Religion, Herkunft, Sexualität
64 oder Meinung Gewalt fürchten müssen. Familien, die sich in überfüllte Boote
65 wagen, setzen ihr Leben aufs Spiel, weil das Risiko zu bleiben noch größer ist.
66 Auf diesem Weg verlieren sie oft Angehörige, werden Opfer von Ausbeutung, Gewalt
67 oder landen in Lagern unter unmenschlichen Bedingungen.

68 Es ist Zeit, eine klare Haltung zu zeigen: Für ein Asylrecht, das schützt –
69 nicht abschreckt. Für eine Sprache, die differenziert – nicht stigmatisiert. Und
70 für eine Gesellschaft, die nicht wegschaut, sondern hinsieht.

71 In der politischen Debatte, aber auch innerhalb von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
72 stellen wir mit wachsender Sorge fest, dass migrationsfeindliche Narrative
73 zunehmend Eingang in die politische Kommunikation finden. Doch statt uns der
74 vermeintlichen gesellschaftlichen Stimmung anzupassen, müssen wir mit eigenen
75 Narrativen entschlossen auftreten, die unsere Grundwerte wieder ins Zentrum
76 rücken. Wir dürfen Vorschläge, die das individuelle Asylrecht relativieren,
77 sowie Formulierungen, die pauschalisieren und stigmatisieren, in der politischen
78 Kommunikation nicht verbreiten. Migration ist kein Sicherheitsproblem. Wer das
79 behauptet, liegt falsch.

80 Solche Aussagen – auch von grünen Funktionsträgerinnen – tragen zur
81 Normalisierung rechter Denkmuster bei, ob beabsichtigt oder nicht. Sie
82 verunsichern nicht nur unsere eigene Basis, sondern signalisieren auch jenen
83 Menschen, die ohnehin bereits von Rassismus und Ausgrenzung betroffen sind, dass
84 ihre Perspektiven und Rechte zur Verhandlungsmasse werden. Das widerspricht
85 unserem Anspruch, eine Partei der Menschenrechte, der Solidarität und des
86 Antirassismus zu sein. Derartigen Äußerungen – auch von grünen
87 Funktionsträgerinnen – werden wir uns als GRÜNE JUGEND weiterhin entschieden
88 entgegensetzen.

89 Deshalb fordern wir:

90 **1. Ein klares Bekenntnis der gesamten Partei zur Unantastbarkeit des**
91 **individuellen Asylrechts** und zur Solidarität mit allen Menschen auf der
92 Flucht – ohne Relativierungen oder Bedingungen.

93 **2. Eine eindeutige Distanzierung von jeder Form migrationsfeindlicher oder**

94 **entmenschlicher Rhetorik** – auch, wenn sie von Mitgliedern der eigenen
95 Partei stammt.

96 **3. Eine politische und sprachliche Praxis, die sich nicht an rechten Debatten**
97 **orientiert, sondern klar menschenrechtsbasiert agiert.**

98 Wer rechte Rhetorik übernimmt, verschiebt nicht nur den Diskurs – er verrät auch
99 die Menschen, die auf unsere Solidarität angewiesen sind.

100 Wir als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg stehen für eine Politik, die sich
101 unmissverständlich gegen Ausgrenzung und für eine solidarische Migrationspolitik
102 stellt.

103 Wir fordern unsere Mutterpartei auf, dies auch konsequent zu tun.

Begründung

Wir haben uns als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg auch in der Vergangenheit stets klar gegen
Rassismus, Diskriminierung und migrationsfeindliche Rhetorik positioniert. Diese Haltung ist fester Bestandteil
unserer politischen Arbeit und Identität. Mit diesem Antrag wollen wir unsere Grundsätze noch einmal deutlich
hervorheben, konkrete Maßnahmen benennen und unser Engagement für eine antirassistische, solidarische
Politik weiter verbindlich stärken.